

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14, Postscheckkonto Köln 36 531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 71

Bonn, den 6. September 1952

VI. Jahrg.

Bekanntnis zur Aufbauarbeit am Frieden

Zum dritten Mal begeht die Bundesrepublik am 7. September ihren nationalen Gedenktag. Es ist weder der Sinn noch die Absicht diesen Tag zu einem mit rauschenden Festen verbundenen Feiertag zu machen. Mehr wohl aber kann dieser Tag der Besinnung auf die Werte dienen, die nach Jahren der Unfreiheit durch einen geordneten demokratischen Staat in allen Lebensbereichen wieder zur Geltung gelangt sind, ganz zu schweigen von dem rein materiellen Aufschwung, den die Bundesrepublik seit dem Beginn ihrer Eigenstaatlichkeit, seit Beginn der Tätigkeit der Bundesregierung, erlebt hat.

Von dem Tage an, als der Deutsche Bundestag im vergangenen Jahre in Anwesenheit des Bundespräsidenten und der Bundesregierung in Ruhe und Würde diesen Tag feierte, nahm die innen- und außenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik einen noch vor drei Jahren für unmöglich gehaltenen Aufwärtsgang.

An jenem vorjährigen Gedenktag stellte der Bundeskanzler in feierlicher Erklärung die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands als oberstes Ziel der Bundesregierung heraus. Kurze Zeit später boten die Westmächte der Bundesrepublik eine vorläufige Friedensregelung an. Es begannen die Verhandlungen über den Deutschlandvertrag und den Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Mit dem Antrag der Bundesregierung, die UNO mit der Kontrolle für gesamtdeutsche Wahlen zu beauftragen, nahm die intensive politische Erörterung der Wiedervereinigung einen neuen Anfang.

Bundeskanzler Dr. Adenauer weilte in diesen Monaten als Vertreter Deutschlands auf internationalen Konferenzen, vornehmlich in Paris, symbolisch wirkte der Empfang Dr. Adenauers beim bereits schwerkranken britischen König.

Als Meilenstein der europäischen Entwicklung galt die Ratifizierung des Schuman-Plans durch den Deutschen Bundestag im Januar dieses Jahres.

In einer rechtlich zwar unverbindlichen, aber politisch sehr bedeutsamen Verteidigungsdebatte im Bundestag Anfang Februar sprach sich das Parlament mit 204 gegen 156 Stimmen für einen deutschen Verteidigungsbeitrag aus.

Nach weiteren deutschen Vorschlägen über die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen traf die UNO-Prüfungskommission in Bonn ein. Das freie demokratische Deutsch-

land unterstützte weitgehend ihre Arbeit, die sowjetzonalen Behörden aber verweigerten die Einreise in das Gebiet der Ostzone.

Im März dieses Jahres kam von Bonn ein neuer Impuls zur Beschleunigung der europäischen Einigung. Dr. Adenauer machte den Vorschlag zur Schaffung einer baldigen europäischen Verfassung.

Im April 1952 bestätigte der Bundestag nach einer großen Debatte über das Thema Wiedervereinigung Deutschlands die Politik der Bundesregierung und im Mai wurde der Deutschlandvertrag von Bundeskanzler Dr. Adenauer und den Außenministern der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Bonn feierlich unterzeichnet.

Die erste Lesung der deutsch-alliierten Verträge brachte eine große Mehrheit des Bundestages für die Überweisung der Vertragswerke an die zuständigen Ausschüsse. Bundeskanzler Dr. Adenauer weilte Ende Juli erneut zur Außenministerkonferenz in Paris. Der Schuman-Plan trat in Kraft. Im August waren Hohe Behörde und Gerichts-

hof der Montanunion in Luxemburg zusammengetreten.

Das britische Parlament billigte den Deutschland-Vertrag und Präsident Truman unterzeichnete ihn für die USA.

Wirtschafts- und sozialpolitisch ging die deutsche Aufwärtsentwicklung ebenfalls stetig weiter.

Die Bundesrepublik wurde Mitglied des allgemeinen Handels- und Zollabkommens. Das Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung, das Investitionshilfegesetz, Gesetze betreffend den Vertrag über die Montan-Union, die Errichtung einer Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung, der Lastenausgleich und das Betriebsverfassungsgesetz wurden vom Bundestag verabschiedet. Der deutsche Export erreichte nach dem Kriege einen Höchststand im Juli 1952.

Der diesjährige nationale Gedenktag fällt bereits in die soeben aufgenommenen Beratungen des Bundestages über die deutsch-alliierten Verträge und wichtige innenpolitische Gesetze. Das Parlament beginnt die letzte Etappe seiner Legislaturperiode, ein Anlaß mehr, diesen Gedenktag als Bekenntnis zur Aufbauarbeit am Frieden und an Deutschland zu begehen.

Politischer Auftakt zur letzten Etappe

Das plötzliche Ende der politischen Ferienruhe in Bonn und der schlagartige Beginn eifrigster Aktivität wirkt fast wie ein politischer Kopfsprung in die letzte Runde der Legislaturperiode. Mit der Rückkehr des Bundeskanzlers Dr. Adenauer haben angesichts der bevorstehenden europäischen Konferenzen die großen Aufgaben der Außenpolitik zunächst Vorrang. Unmittelbar damit zusammenhängend haben die zuständigen Bundestagsausschüsse mit den Beratungen über die deutsch-alliierten Vertragswerke begonnen.

Im Vordergrund des Interesses steht bereits heute die Konferenz der Außenminister der Schumanplan-Staaten. Unter dem Vorsitz des deutschen Kanzlers wird sich am kommenden Montag in Luxemburg der Ministerrat konstituieren.

Gleichzeitig wird die Konferenz von Luxemburg zur Behandlung eines außerordentlich schwierigen deutsch-französischen Problems kommen. Bundeskanzler Dr. Adenauer und Außenminister Schuman werden sich persönlich darüber einig werden müssen, ob die weiteren Beratungen in naher Zukunft Aussicht auf Erfolg haben oder nicht.

Die Bundesregierung wäre gewiß bereit, einer „Europäisierung“ zuzustimmen, so-

fern ihr diese Zustimmung möglich gemacht wird. Daß dafür Voraussetzungen notwendig sind, die aus unbestrittenen deutschen Rechten an der Saar erwachsen, ist verständlich. Gegenüber diesen deutschen Rechten hat Frankreich nach Lage der Dinge in gewissem Umfang berechnete Interessen zu vertreten. Auf der Mittellinie zwischen deutschem Recht und berechtigten französischen Interessen könnte allein sich eine wirklich gute europäische Lösung finden.

Nationale deutsche Anliegen gibt es aber nicht nur an der Saar, sondern sie werden in diesen Tagen im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer westlichen Antwort auf die letzte sowjetische Deutschlandnote eine wichtige Rolle spielen. Mehr als dies bisher der Fall gewesen ist, wird Bundeskanzler Dr. Adenauer über die Londoner Arbeiten der Westmächte auf dem Laufenden gehalten. Eine ausgedehnte erste Konsultation darüber hat bereits am vergangenen Donnerstag stattgefunden. Die deutsche Grundhaltung zur Sache ist bekannt. Sie deckt sich mit der von den Westmächten vertretenen Meinung. Für die innere wie für die äußeren Geschicke der Bundesrepublik werden die kommenden Monate von bereits jetzt erkennbarer Bedeutung sein. Der bedeutungsvolle Arbeitsauftakt in Bonn ist in diesem Sinne aufschlußreich.

Europäische Schulen für europäische Offiziere

Theodor Blank gibt Auskunft

Wenn in diesen Tagen im Bundestag der Ausschuß für Verteidigungsfragen seine Beratungen für die Ratifizierung des Vertrages über die europäische Verteidigungsgemeinschaft aufnimmt, so stehen diese Beratungen bereits in einem mittelbaren Zusammenhang mit der praktischen Gestaltung der Aufbauarbeit innerhalb dieser Gemeinschaft. Nicht nur allgemeine Erörterungen über das sogenannte „Innere Gefüge“, sondern auch Gedanken über die künftige Ausbildung der Offiziere werden im parlamentarischen Ausschuß, dem Vertreter der Koalition wie der Opposition angehören, zur Sprache kommen. Man wird dabei bereits Vorschläge diskutieren können, die sowohl in Paris als übernationaler Ebene gemacht wurden als auch im Hinblick auf den deutschen Anteil im Amt Blank ausgearbeitet worden sind.

In diesem Zusammenhang ist ein vom Beauftragten der Bundesregierung, dem Abg. Theo Blank veröffentlichter Aufsatz über die künftige europäische Ausbildung der Offiziere von besonderem Interesse. Blank schreibt hierin u. a.:

Die Gründung europäischer Offizierschulen ist seit langem eine der Lieblingsideen Bundeskanzler Adenauers. In der Tat wird die Entwicklung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft maßgeblich dadurch bestimmt sein, wieweit sich diese Idee in die Wirklichkeit umsetzen läßt. Denn alle Bestimmungen, die der EVG-Vertrag über die Integration und spätere Föderation Europas enthält, reichen nicht aus, wenn nicht im einzelnen — und gerade im Offizier — die nationale Isolation überwunden werden kann. Selbstverständlich werden viele EVG-Offiziere ihrem neuen europäischen Vaterland anfangs abwartend und mit Skepsis gegenüberstehen. Das ist nicht erstaunlich, nachdem sie ihr Leben lang einer einzelnen Nation gedient haben und nun von heute auf morgen einer übernationalen Gemeinschaft angehören sollen. Am leichtesten haben es dabei womöglich noch die Deutschen, die keine Nationalarme aufzugeben, sondern lediglich nach siebenjähriger totaler Entwaffnung in die europäische Gemeinschaft hineinzuwachsen haben.

Diese Offiziere der älteren Generation werden also zunächst umlernen müssen, genau so wie während der letzten Jahre in Europa schon so viele Politiker und Wirtschaftler umgelernt haben. Unsere große Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die neuen Offiziere — diejenigen, die heute noch auf der Schulbank sitzen — eines Tages nicht mehr umzulernen brauchen, sondern vom ersten Augenblick an in der europäischen Gemeinschaft aufgehen. Dazu wird die Errichtung europäischer Offizierschulen einen vorzüglichen Dienst leisten.

Der einzelne Soldat wird während seiner Ausbildung und seiner militärischen Dienstzeit nur selten über die Grenzen seines „Groupement“ (der national-homogenen Grundeinheit) hinauskommen. Er wird also in vielen Fällen zum übernationalen Kontakt wenig Gelegenheit haben. Ein Offizier dagegen muß darauf vorbereitet sein, im Rahmen höherer Stäbe mit seinen europäischen Partnern unmittelbar zusammenzuarbeiten. Er muß überdies selbst ein überzeugtes Mitglied der europäischen Gemeinschaft sein, wenn er seine Leute im Geiste dieser Gemeinschaft erziehen will. Ihm wird man also so früh wie möglich Gelegenheit zum Kontakt geben müssen.

Eine allzu weitgehende Vermischung innerhalb der Kampfverbände würde die militärische Schlagkraft gefährden. Man hat deshalb die sprachlichen und technischen Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben würden, in Rechnung gestellt und die national-homogene Grundeinheit größer gehalten, als es anfangs vorgesehen war. Auf den Offizierschulen wird die Situation ganz anders sein. Die Zahl der Schüler ist beschränkt, der Apparat ist leichter zu überschauen und zu ordnen als in der Rekrutenausbildung, und schließlich wird die Überwindung der technischen und sprachlichen Schwierigkeiten hier gerade eines der wichtigsten Ausbildungsziele sein müssen.

Man soll in den Schulen die Integration deshalb so weit wie nur irgend möglich vorantreiben. Wenn der französische und der deutsche oder der italienische und der holländische Offiziersanwärter hier einmal gelernt haben, sich zu verständigen und sich zu verstehen, dann werden sie nicht nur um so besser den militärischen Anforderungen eines Ernstfalles gewachsen sein, sondern in ihnen wird sich vor allem ein echtes europäisches Bewußtsein entwickeln. Und das ist es, worauf es gerade gegenüber der jungen Generation ankommt.

Längst überwundene Spaltung

Die christlichen Konfessionen gehören politisch zusammen

Vor einiger Zeit tauchte in einer südwestdeutschen Zeitung eine Notiz auf, die von Bemühungen zur Neugründung des evangelischen Volksdienstes mit dem Ziel einer Parteibildung sprach. Hin und wieder nun hört man in katholischen wie in evangelischen Kreisen, denen die Politik aus christlicher Verantwortung ein erstes Anliegen ist, den Gedanken, ob im Interesse der gemeinsamen christlichen Sache nicht die Bildung gesonderter konfessioneller Parteien wünschenswert oder gar notwendig sei.

Die CDU hat solchen Auffassungen — unter Anerkennung des guten Willens dieser Kreise — stets schon in erster Stunde widersprochen, weil sie in einer derartigen Entwicklung keinen Fortschritt, sondern einen gefährlichen Rückfall in ein erfreulicherweise überwundenes Stadium sieht. Es ist dabei gewiß nicht uninteressant, daß solche Gedanken stets von außen oder vom Rande her ausgesprochen werden, während jene Faktoren, die bereits auf eine gemeinsame Politik zurückblicken können, keinen Anlaß sehen, den erreichten Fortschritt preiszugeben.

Die vergangenen Jahrzehnte sind Mahnung und Beispiel genug, um die Richtigkeit des gemeinsamen politischen Weges der beiden christlichen Konfessionen zu bestätigen.

Einer der wenigen Aktivposten des nationalsozialistischen Erbes liegt in der Annäherung der beiden christlichen Bekenntnisse Deutschlands. Der Nationalsozialismus hat dieses positive Ergebnis wahrlich nicht gewollt, aber er hat es durch seinen haßerfüllten Kampf, der katholische wie evangelische Christen in gleicher Weise traf, zwangsläufig herbeigeführt. Eine der erfreulichsten Auswirkungen dieser Annäherung liegt in der Tatsache, daß sich die poli-

Europa wird sich nicht von heute auf morgen uniformieren lassen. Wie der Gascogner noch heute etwas anderes als der Bretoner und der Württemberger noch heute etwas anderes als der Hamburger ist, so werden sich auch in Europa die Grenzen der nationalen Gewohnheiten und Traditionen nicht von heute auf morgen auslöschen lassen. Die Aufgabe liegt vielmehr darin, diese Traditionen auf einander abzustimmen, damit im Empfinden des einzelnen die nationale Vergangenheit nur eine Ausdrucksform seines europäischen Bewußtseins ist. Das aber muß die Aufgabe der jungen Generation sein.

Man war sich auf der Pariser Konferenz über die Bedeutung dieser Fragen einig. Im Art. 27 des Militärprotokolls ist deshalb die Errichtung europäischer Schulen ausdrücklich festgelegt, und an der Spitze der allgemeinen Richtlinien für diese Schulen steht die Förderung des Geistes europäischer Zusammenarbeit. Der Sprachenunterricht, der in der Ausbildung des jungen Offiziers eine bedeutende Rolle spielen wird, kann weiterhin dazu beitragen, die Schwierigkeiten der Integration immer mehr zu verringern. Entscheidend aber wird die unmittelbare Zusammenarbeit sein, in die die Jugend von sechs europäischen Staaten einer gemeinsamen Aufgabe gegenübergestellt und in der die sicherste Garantie für das Gelingen eines europäischen Zusammenschlusses liegen wird.

tisch aktiven Elemente beider Bekenntnisse seit 1945 im politischen Raum in einer Partei, der CDU/CSU, zusammengefunden haben, um den gemeinsamen christlichen Anliegen gemeinsam gerecht zu werden und durch eine Politik aus christlicher Verantwortung dem Volksganzen zu dienen. Diese Begegnung hat sich als äußerst fruchtbar erwiesen und hat unstreitig zur Konsolidierung der Verhältnisse in geistig-politischem Bereich beigetragen.

Jedes Zusammengehen verschiedener Gruppen bedingt auf allen Seiten eine stete gegenseitige Anpassung. Das kann in der Technik vielleicht bisweilen mit einiger Mühe verbunden sein, in der Sache aber ist es geradezu ein unschätzbare Vorteil. Die CDU/CSU als echte Volkspartei sieht sich z. B. ständig vor der Aufgabe, die berechtigten Wünsche der verschiedenen Gruppen im Volke auszugleichen. In ihren Reihen stehen Konsumenten und Produzenten, Arbeiter und Unternehmer, Stadt- und Landbevölkerung, Vertriebene und Einheimische und nicht zuletzt evangelische und katholische Christen. Das bringt es mit sich, daß alle Fragen, in denen nicht schon im voraus volle Übereinstimmung der Auffassungen herrscht, im engeren Bereich gründlich diskutiert werden müssen, um auf diesem Wege zu einem solchen gemeinsamen Standpunkt zu gelangen, der der Gesamtheit dient. Hier wird nicht selten eine Arbeit vorweggenommen, die sonst dem ganzen Volke überlassen bliebe, ohne daß man die Gewähr dafür hätte, daß sie immer zu einem gleich positiven Resultat führen würde. Dieses Verfahren hat sich — das läßt sich an einer ganzen Reihe von Einzelfällen nachweisen — bisher vorzüglich bewährt und damit im besonderen der CDU/CSU nicht nur die Existenzberechtigung, sondern auch die Existenznotwendigkeit bescheinigt.

Vertriebene und Flüchtlinge

Kaiser: Verlaßt die Zone nicht ohne letzte Not!

Unter dem Eindruck der Begegnung mit Besuchern des Katholikentages aus der Ostzone hat Bundesminister Jakob Kaiser über den Sender Rias am 30. August zum Problem der politischen Flüchtlinge Stellung genommen. Wir entnehmen seinen Erklärungen die folgenden Auszüge:

„... die Zahl der Flüchtlinge in Berlin ist ständig gewachsen. Ich kann nur sagen: Was sich mir beim Besuch einiger Aufnahmehäuser darbot, war erschütternd und aufwühlend. Ich bin mir bewußt, daß schnellstens zusätzliche Hilfe geschaffen werden muß, um diese unsere Flüchtlinge vor der schlimmsten Not zu bewahren. Und um Berlin zu helfen, das diese Last niemals allein tragen kann.

Die Zone weiß, wie sehr ich mich ihr und ihren Menschen verpflichtet fühle. Ich kann die Zahl derer aus der Zone nicht nennen, mit denen ich in Berlin gesprochen habe. Sie haben gewiß von ihrer Not gesprochen. Sie haben aber auch gewünscht, daß ich eine Mahnung ausspreche. Ich gebe diese Mahnung an alle in der Zone weiter: Verlaßt die Zone nicht. Verlaßt unseren deutschen Grund und Boden nicht ohne letzte Not. Das mag hart klingen, aber es ist doch schließlich mit das dringlichste Anliegen des augenblicklichen Regimes, die Zone von aufrechten, freiheitlich gesinnten Deutschen zu entblößen. Denn nur so wären sie ihrer Herrschaft sicher. Darauf zielen nicht zuletzt ihre Willkürprozesse ab. Darauf zielen auch ihre Enteignungen, ihre Entlassungen ab, wie wir sie in letzter Zeit vermehrt erleben. Darauf zielen sie auch ab, wenn sie die Bevölkerung immer wieder in den Spitzendienst des SSD zu pressen suchen. Hinzu kommen noch die bewußt ausgestreuten Gerüchte, daß Bundesregierung und Westmächte kein Interesse mehr an der Wiedervereinigung Deutschlands haben. Hier handelt es sich um ganz bewußte Panikmache, die den Widerstand schwächen und zur Flucht veranlassen soll.

Dabei wissen wir um die Not der hängend bei den Zwangsverpflichtungen zur Volkspolizei und zum sowjetzonalen Arbeitsdienst. Nicht umsonst gilt ja unsere besondere Sorge dieser Jugend. Diese Sorge für die Jugend in dem bedrückten Mitteldeutschland ist nicht nur deutsches Anliegen. Sie beschäftigt die freie Welt weit über die deutschen Grenzen hinaus. Eben noch hat sich der Kongreß junger christlicher Demokraten Europas in Villach in Kärnten damit befaßt. Er hat an das Gewissen der freien Welt appelliert und konkrete Hilfsvorschläge gemacht.

Das ändert aber an der Tatsache nichts, daß das Notaufnahmeverfahren seinen Sinn hat. Die echten politischen Flüchtlinge — d. h. die an Leib und Leben Gefährdeten — müssen gegenüber denen, die aus anderen Gründen die Heimat verlassen, bevorzugt behandelt werden. Geschützt werden muß aber auch die Bundesrepublik vor den Spitzeln und Agenten, mit denen die SED die Bundesrepublik überschwemmen möchte. Überdies würde ein unkontrollierter Flüchtlingsstrom der SED ermöglichen, durch ihre skrupellosen Mittel diesen Strom derart anschwellen zu lassen, daß das soziale Gefüge der Bundesrepublik erschüttert werden könnte. Das wäre der größte Erfolg des Kommunismus. Denn eine politisch und

sozial geschwächte Bundesrepublik könnte weder Stütze noch Hoffnung für die 18 Millionen in der Sowjetzone sein. Das alles klingt hart. Aber es ist nicht nur hart für Euch in der Zone. Es ist ebenso hart für jeden einzelnen deutschen Patrioten, dem die Wiedervereinigung mit Euch oberstes Gesetz und dringlichstes Anliegen ist und bleibt.

Diesem Anliegen dient unsere ganze Politik. In diesem Sinne haben wir ständig auf den Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion einzuwirken gesucht. In ihrer vierten Note haben die Sowjets in mancher Hinsicht zurückgenommen, was sie zu Beginn anzubieten schienen. Vergeblich suchen wir nach der Bestätigung, daß eine vom ganzen deutschen Volk frei gewählte Regierung an einer Friedenskonferenz teilnehmen soll. Statt dessen wird das auf Gewalt und Willkür beruhende Regime in Pankow als Teilnehmer an einer Untersuchungskommission und an Besprechungen über den Friedensvertrag angepriesen. Es ist deshalb nötig, erneut festzustellen, was demokratischem Erfordernis entspricht: Das ist an erster Stelle die freie, ungehinderte Wahlentscheidung des gesamten deutschen Volkes. Ihm allein steht es zu, seine Vertreter zu wählen. Nicht aber ist es Sache einer fremden Diktatur, uns Vertreter aufzudrängen, die ihr hörig sind. An dem Entwicklungsgang, der zu deutscher Einheit in Freiheit und zu einem Friedens-

vertrag führen wird, ist nicht zu rütteln. Dieser Entwicklungsgang besteht in drei Punkten: Freie Wahlen, freigewählte gesamtdeutsche Regierung und gleichberechtigte Beteiligung einer deutschen Regierung an der Friedenskonferenz.

Wenn es der Sowjetunion wirklich ernst ist mit Verhandlungen, dann muß sie sich zunächst erst einmal zu dieser Rangordnung bekennen und damit auch von dem Gewaltregime in der Sowjetzone abrücken. Dabei sind wir uns klar, daß es unser Interesse erfordert, den Verhandlungsweg nicht aus dem Auge zu lassen. Um so mehr, als die freie Welt im Begriff ist, mit deutscher Beteiligung ihre Stärke auszubauen. Von dieser Stärkung und Stabilisierung wird und kann sich Deutschland nicht abdrängen lassen. Für Deutschland bedeutet diese Stärkung und Stabilisierung den Weg zu Verhandlungen mit den großen Mächten über die Wiedervereinigung unseres Landes.

Im übrigen sind aus dem bisherigen Notenwechsel schon Ergebnisse zu verzeichnen. Nicht nur die Westmächte, auch die Sowjetunion erklärt heute, daß keine Viermächte-Kontrolle mehr auf deutschem Boden errichtet werden soll. Das Veto wird nicht mehr aufstehen. Damit ist einer der gefährlichsten Bestandteile des Potsdamer Abkommens ausgemerzt. Die freie Welt ist stark genug, um sich mit dem Osten politisch auseinanderzusetzen. Wir werden nicht aufhören, darauf hinzuweisen, daß das um unserer 18 Millionen willen geschehen muß. Ihr müßt und sollt wieder freie Menschen in freier Heimat werden. Um so mehr bitten wir Euch:

Haltet am Boden der Heimat fest!

Umsiedlung und Sowjetzonenflüchtlinge

Zu den wichtigsten Aufgaben, die zum Zweck der Eingliederung der Vertriebenen in die Bundesrepublik zu lösen sind, gehört die Umsiedlung. Diese hat bekanntlich zum Ziel, die Hauptflüchtlingsländer zu entlasten und den Vertriebenen angemessene Wohnungen bereitzustellen an Plätzen, die ihnen Arbeitsmöglichkeiten eröffnen.

Dem ersten Umsiedlungsprogramm, durch das 300 000 Heimatvertriebene umgesiedelt wurden, folgte ein zweites mit wiederum 300 000 Heimatvertriebenen, das bis Juni des kommenden Jahres abgeschlossen sein wird. Bis zum Ende des laufenden Jahres werden insgesamt bereits mehr als 500 000 Heimatvertriebene im Rahmen der planmäßigen Umsiedlung in die Aufnahmehäuser übergeführt sein. Ein drittes Umsiedlungsprogramm, an dem weitere 100 000 Heimatvertriebene beteiligt werden sollen, wird vorbereitet. Dafür stehen bereits 200 Mill. DM als Förderungsmittel für den hierzu erforderlichen Wohnungsbau zur Verfügung. Die Durchführung der Umsiedlung obliegt den beteiligten Länderregierungen.

In einem Lande — Nordrhein-Westfalen — ist durch eine eingehende Umfrage der Erfolg der Umsiedlung ermittelt worden. Es hat sich ergeben, daß, von geringen Ausnahmen abgesehen, die Lage der Um-

gesiedelten nach ihren eigenen Angaben hinsichtlich Arbeit und Wohnung sich erheblich verbessert hat. Ähnlich dürfte das Ergebnis auch in den anderen Aufnahmeländern sein.

Die planmäßige, sinnvolle Durchführung der Umsiedlung könnte durch Trecks gefährdet werden, die unter Mißbrauch der im Grundgesetz gewährten Freizügigkeit auf eigene Faust in ein Aufnahmeland ziehen würden. Wohnraum steht für die von der planmäßigen Umsiedlung erfaßten Heimatvertriebenen zur Verfügung. Es ist selbstverständlich nicht möglich, eine Wohnung einem Umsiedler vorzuenthalten, der auf seinen Abruf zur Umsiedlung wartet und sie dafür einem im Treck Zugewanderten zu geben. Daher ist von den in Frage kommenden Länderregierungen eindeutig klargestellt worden, daß sich jeder die Vorteile der Umsiedlung verscherzt, der treckt, ohne zur Umsiedlung angenommen worden zu sein.

Die Tatsache, daß das zweite Umsiedlungsprogramm glatt abläuft und daß bis Ende September die Auswahltätigkeit der Aufnahmekommissionen in den Abgabelländern abgeschlossen sein wird, hat bewirkt, daß die Treckbewegungen in den Abgabelländern mit Ausnahme von Bayern abflauen. Aber auch hier dürfte sich die Er-

kennntnis durchsetzen, daß jeder Treck eine planmäßige Umsiedlung nur stören kann.

Eine weitere sehr ernsthafte Erschwerung der Umsiedlung ergibt sich durch die Notwendigkeit, Sowjetzonenflüchtlinge, die nach der Sperrung der „grünen Grenze“ durch die Volkspolizei neuerdings vorwiegend nach West-Berlin kommen, auf die Länder der Bundesrepublik zu verteilen. Es ist klar, daß Berlin entlastet werden muß. Das geschieht auch, indem nach einem besonderen Schlüssel die „anerkannten Flüchtlinge“ auf dem Luftwege nach Westdeutschland gebracht und auf die Länder der Bundesrepublik verteilt werden. Doch die Zahl dieser Flüchtlinge wächst von Tag zu Tag um viele Hunderte. Was überdies mit den „Nichtanerkannten“ werden soll, ist noch eine offene Frage. Auch diese wird einmal in positivem Sinne beantwortet werden müssen; Berlin kann gewiß sein, daß man „ein Überlaufen des Fasses“ wirksam verhindern wird.

Hier handelt es sich unzweifelhaft um

Kurs auf die Einheit

SPD spekuliert auf die Spaltung der Vertriebenen

Zu dem Godesberger Übereinkommen zwischen den Landsmannschaften und dem Bund der Vertriebenen Deutschen wird uns aus gut informierten Kreisen geschrieben:

Der Zusammenschluß der Landsmannschaften Mitte August in Bad Kissingen ist ohne Grund, offenbar von interessierter Seite, dazu benutzt worden, die Vertriebenen und die Öffentlichkeit überhaupt zu alarmieren. Dieser Zusammenschluß sollte dazu dienen, die Zusammenfassung der Organisationen der Vertriebenen in einem Einheitsverband zu fördern. Wie das Übereinkommen zwischen den Landsmannschaften und dem Bund der vertriebenen Deutschen in Bad Godesberg kurz darauf ergeben hat, sind nunmehr von beiden Seiten — vom Zentralverband der vertriebenen Deutschen und von seiten der Landsmannschaften die Voraussetzungen für den Zusammenschluß aller Organisationen in dem im Herbst vorigen Jahres in Hannover proklamierten Bund der vertriebenen Deutschen gegeben.

Aber der Alarm hatte Gründe, besser gesagt Hintergründe. Es kam gewissen Drahtziehern der Kissinger Vereinbarungen darauf an, mit diesem Zusammenschluß der Landsmannschaften nicht die Einheit der Vertriebenen zu fördern, sondern sie zu verhindern. Bekanntlich traten die großen Landsmannschaften der Schlesier und Sudetendeutschen, die der Geburt nach 70 v.H. der Vertriebenen ausmachen, im Herbst vergangenen Jahres aus der sogen. VOL, der Vereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften, aus und schlossen sich mit dem Zentralverband der vertriebenen Deutschen im Bund der vertriebenen Deutschen zusammen, dessen vorläufiger Präsident Dr. Kather ist. Es war inzwischen nicht gelungen, auch die noch außenstehenden Landsmannschaften im Bund der vertriebenen Deutschen zu einigen. Um hier eine Brücke zu schaffen, hatte es der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Lodgman von Auen, unternommen, in Kissingen mit den übrigen Landsmannschaften zu verhandeln und in Form einer „Arbeitsgemeinschaft“ weitere Voraussetzungen für den Zusammenschluß aller Landsmannschaften im Bund der vertriebenen Deutschen zu schaffen.

Dieses zeitweilige Ausscheren der beiden großen Landsmannschaften wurde von den Gegnern der Einheit der Vertriebenen als ein Zusammenbruch der Einheitsbestrebun-

Opfer des „kalten Krieges“. Auch im Ausland ist bereits anerkannt worden, daß die Fürsorge für diese Opfer nicht allein der Bundesrepublik überlassen werden kann, sondern daß ganz Westeuropa, ja die ganze freie Welt die Pflicht hat, helfend einzugreifen. Diese Hilfe kann nicht in einer Propagierung der Auswanderung für Sowjetzonenflüchtlinge bestehen, denn darin läge mittelbar ein Verzicht auf baldige Vereinigung des in zwei Teile gespaltenen Deutschlands. Wir wollen aber alle die Wiederherstellung der Einheit! Bezeichnend ist es doch, daß ein großer Teil der Sowjetzonenflüchtlinge nicht einmal aus West-Berlin heraus möchte, in der Hoffnung, doch wieder bald an den alten Wohnsitz in der Sowjetzone zurückkehren zu können.

Auslandshilfe müßte daher in erster Linie finanzieller Natur sein. Ob man dazu die Form einer Anleihe wählt oder einen anderen Weg für besser hält, ist eine reine Zweckmäßigskeitsfrage.

gen Dr. Kathers gewertet. Es war auffällig, daß von den vier Mitgliedern des Kissinger Landsmannschaftspräsidiums zwei — nämlich das Vorstandsmitglied des BHE, Dr. Grille, und der Generalsekretär des Bayerischen BHE, Dr. Wagner, prominente BHE-Mitglieder waren. Beide sind bekannt als leidenschaftliche Gegner der Vertriebenenpolitik der Bundesregierung. Es ist ferner auffällig, daß der Sozialdemokratische Pressedienst des Kissinger Zusammenschluß der Landsmannschaften nachdrücklich begrüßt. In dem SPD-Kommentar heißt es, „das Kissingen den Bruch mit den Kather-Ideen bedeute“, d. h. mit den Einheitsideen unter Führung Dr. Kathers, und daß damit die Voraussetzungen für „eine einheitliche geschlossene Organisationsform aller 8 Millionen Vertriebenen geschaffen seien“. Das heißt mit anderen Worten, daß hier nicht Einiger, sondern Spalter am Werke gewesen sind, denn der von Kather geführte Zentralverband der Vertriebenen mit 1,5 Millionen Familienmitgliedern kann ja von den 8 Millionen nicht weggedacht werden. In dem SPD-Pressedienst wurde weiterhin der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nunmehr „mit den Rodungsarbeiten im undurchsichtigen Dickicht der Organisationsprobleme der Heimatvertriebenen begonnen werden könne, mit dem Ziele der notwendigen Gesamtplanung einer realistischen, sozialbewußten Flüchtlingspolitik“.

Es ist offenkundig, daß sich die SPD von einer etwa in Kissingen bewirkten Spaltung parteipolitischen Gewinn versprach. Welche Ambitionen die SPD in dieser Hinsicht hat, beleuchtete drastisch ihr Vorgehen anlässlich des Landsmannschaftstreffens der Schlesier. Schon damals erhielt sie eine gründliche Abfuhr durch Hunderttausende Heimatvertriebene, die sich eine parteipolitische Nutznießung des Landsmannschaftsgedankens verbat. Gewisse Erfolge in der Personalpolitik der Schlesischen Landsmannschaft in Bayern hatten sie offenbar mutig gemacht. Aber ihre hintergründigen Absichten sind erkannt. In einem Artikel „SPD auf Schleichwegen“ schreibt der „Bayerische Kurier“: „Es mehren sich die Versuche der SPD, die Landsmannschaften und andere Vertriebenen-Organisationen — offenbar auf höheren Befehl hin — ins marxistische Fahrwasser zu ziehen“. Hannover habe gezeigt, daß den Vertriebenen dieses Schlepptau unerwünscht sei und daß sie ihre bewährte überparteiliche Linie nicht verlassen wollen.

Die Vereinbarungen in Bad Godesberg haben das bekräftigt. Die Überparteilichkeit der großen Einigungsbewegung der Vertriebenen scheint nunmehr gesichert. Es ist in erster Linie der Führung der Schlesischen Landsmannschaft zu danken, daß zumindest die Schlesier auf die hintergründigen Absichten gewisser Kreise, die hinter den Kissinger Abmachungen stehen, nicht hereingefallen sind. Nachdem sich in Bad Godesberg ZvD und Landsmannschaften durch Vermittlung des Vorsitzenden der Kissinger Arbeitsgemeinschaft, des Sprechers der Sudetendeutschen, Dr. Lodgman von Auen, geeinigt haben, ist der Sprecher der Schlesischen Landsmannschaft, Dr. Hausdorf, aus dem Kissinger Verband ausgetreten, mit der Begründung, daß mit diesen Vereinbarungen die ehrlichen Erwartungen erfüllt seien, die zumindest von seiten der Schlesischen Landsmannschaft an die Abmachung von Kissingen geknüpft worden seien.

Aber auch von der ideologischen Seite her erscheinen die politischen Hintergründe der Kissinger Vereinbarungen in einem sehr zweideutigen Licht. Bekanntlich haben die Landsmannschaften sich vorwiegend die Durchsetzung heimatpolitischer Ziele, also die Heimkehr in die abgetretenen Gebiete zur Aufgabe gesetzt, während das Hauptziel des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen die Durchsetzung der sozialen und wirtschaftlichen Belange der Vertriebenen, d. h. also die Eingliederungspolitik ist. Im Bund der vertriebenen Deutschen sollen beide Aufgaben in eins verschmolzen werden. Wäre es in Kissingen zu einer Absonderung der Landsmannschaften vom Zentralverband und damit zu einer Teilung der Aufgaben in „Innenpolitik“ und „Außenpolitik“ der Vertriebenen gekommen, so würde das die Gefahr einer Forcierung chauvinistischer Tendenzen heraufbeschworen haben, die der Deutschland- und Europa-politik der Bundesrepublik hemmend entgegenstehen mußte. Es ist nämlich bezeichnend, daß immer wieder und gerade auch im Zusammenhang mit Kissingen von interessierter Seite die irreführende Parole ausgegeben wird, daß nach Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes die soziale Zielsetzung der Vertriebenen-Verbände erfüllt sei und daß nunmehr die außenpolitischen, d. h. ostpolitischen Ziele der Vertriebenen in den Vordergrund treten.

Das ist durchaus nicht der Fall. Denn Lastenausgleich muß erst durchgeführt werden, ehe die Eingliederung der Vertriebenen erfolgt sein kann. Das ist auch das Ziel der Vertriebenenpolitik der Regierung. Wenn man so tut, als ob dieses Ziel bereits erfüllt sei, als ob der Lastenausgleich schon durchgeführt sei, so will man damit lediglich bewirken, daß die Energien zur Durchführung die Eingliederung erlahmen. Das würde Enttäuschung und Unzufriedenheit bei den Vertriebenen zur Folge haben und letzten Endes die Voraussetzung für die Rückkehr der Vertriebenen, die Erhaltung ihrer Volkskraft, gefährden. Die einseitige Begünstigung der außenpolitischen Ziele der Vertriebenen ist deshalb nur ein Ablenkungsmanöver aller jener Kreise, denen daran liegt, eine soziale Befriedung der Vertriebenen zu verhindern, damit sie aus diesem Unfrieden parteipolitische Früchte ernten können.

Sie werden sich irren. Die Regierungsparteien haben sich mit dem Übereinkommen mit der Kather-Gruppe im Bundestag gelegentlich der Debatte über das Lastenausgleichsgesetz zu einer konsequenten Eingliederungspolitik bekannt. Sie werden diese Politik fortsetzen und beenden.

A IV 2 a Allgemeines

Bonn setzt Finanzbeitrag mit fest

Beim Festsetzen des finanziellen Verteidigungsbeitrages für 1953/54 soll die Bundesrepublik, wie aus dem Bundesfinanzministerium verlautete, völlig gleichberechtigt behandelt werden. Zwischen der Bundesregierung und den Alliierten sei ein Verfahren über die Behandlung des sogenannten NATO-Fragebogens zur Ermittlung des finanziellen Verteidigungsbeitrages vereinbart worden, das jede Diskriminierung ausschließe. Danach werde die Bundesrepublik so behandelt, als sei sie Mitglied der Nordatlantikpakt-Organisation. Sie erhalte die Befugnis, deutsche Delegierte in die NATO zu entsenden, die zusammen mit den Delegierten der übrigen Staaten die Fragebogen aller NATO-Mitglieder prüfen. Die Bundesrepublik erhalte damit vollen Einblick in das Volksvermögen und die Rüstungsanstrengungen der anderen Länder. Auf der Grundlage dieser Prüfung, an der auch der Interimsausschuß der europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligt sein soll, werde schließlich der Finanzbeitrag festgesetzt. Das geschehe durch einen gemeinsamen Beschluß aller beteiligten Regierungen, also auch der Bundesregierung. Wenn der Bundesregierung dabei etwa der deutsche Verteidigungsbeitrag zu hoch oder der eines anderen Landes zu niedrig erscheine, könne sie — wie jede andere Regierung — auf Grund eines Vetorechtes erneut eine Prüfung verlangen. Die so gemeinsam festgesetzten Beiträge seien für die einzelnen Regierungen verbindlich. Die Regierungen seien verpflichtet, ihren Parlamenten entsprechende Haushalts-Voranschläge vorzulegen. Die Parlamente selbst seien aber frei und hätten das Recht, Abstriche zu beschließen. 6. September 1952

A III 1 a CDU/CSU

Gegen eine evangelische Partei

Der erste Vorsitzende des Bezirksverbandes Nordhessen der Christlich-Demokratischen Union, Dr. Rohrbach, ehemaliger Landesführer des 1933 aufgelösten „Christlich-Sozialen Volksdienstes“, hat am 3. September gegen die während des Stuttgarter Kirchentages bekannntgewordenen Bestrebungen zur Bildung einer Evangelischen Partei Stellung genommen. Er erklärte, die große Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk lasse eine Zersplitterung der christlichen Front nicht zu. „Die evangelischen Kreise hatten 1945 sehr wohl gewußt, was sie taten, als sie die Christlich-Demokratische Partei mitbegründeten.“ Dr. Rohrbach betonte, der konfessionelle Friede müsse von allen einsichtigen und gläubigen Protestanten und Katholiken gewahrt werden als einheitliche Front gegenüber allen antichristlichen Bewegungen. Die christliche Bevölkerung der Sowjetzone werde es nicht verstehen, wenn ein konfessioneller Zwist ihren größten Gegnern eine weitere Möglichkeit der Bolschewisierung biete. 6. September 1952

A V n Landtagswahlen

Zur Nachwahl im Wahlkreis Bentheim

Bei der Nachwahl für den niedersächsischen Landtag im Kreise Bentheim, am 31. August, gewann der Kandidat der CDU das Mandat. Die Wahlergebnisse sind in verschiedener Beziehung aufschlußreich. Bestrebungen, die CDU, die FDP und den Mittelstandsblock auf einen gemeinsamen Kandidaten festzulegen, waren an den ungerechtfertigten Machtansprüchen, vor allem der DP und des hier zum ersten Male politisch hervorgetretenen Mittelstandsblock gescheitert. Trotz der niedrigen Wahlbeteiligung (56,05 %), siegte der Kandidat der CDU mit 9517 Stimmen (38,2 %). Die SPD verlor gegenüber der Landtagswahl vom Mai 1951 3360 Stimmen. Der von der DP, FDP, DRP und dem Mittelstandsblock gestützte, unabhängige Kandidat, der Kreisgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft, des Mittelstandsblocks und des Haus- und Grundbesitzervereins, erhielt mit 2464 Stimmen nur 9,9 % der abgegebenen Stimmen und damit eine entscheidende Niederlage. Zu beachten ist noch, daß der BHE nur wenig zum Zuge kam. Hier zeigen sich die Erfolge einer zielbewußten Fürsorge für die Flüchtlinge im Bentheimer Gebiet. Die SRP gewann gegenüber 1951 368 Stimmen. Ihr Zuwachs zeigt, daß die rechtsradikalen Tendenzen weiter im Auge zu behalten sind. 6. September 1952

A V e Niedersachsen

Wahlgemeinschaften in Niedersachsen

In Wilhelmshaven wurde für die bevorstehenden Kommunalwahlen ein Wahlblock aus CDU, BHE, DP, DRP, FDP, Nationale Opposition und SRP sowie aus mehreren diesen Parteien nahestehenden Verbänden gebildet. — In Braunschweig ist ein Wahlblock aus BHE, CDU, DP, FDP und FSU in Aussicht genommen. — Die Kreisparteien der Christlich-Demokratischen Union und der Deutschen Zentrumspartei des Kreises Aschendorf-Hümmeling haben beschlossen, für die am 9. November stattfindenden Kreistags- und Gemeindewahlen einen Wahlblock zu bilden und gemeinsame Wahlvorschläge einzureichen. 6. September 1952

A V d Hessen

CDU will Darlehen für angefangene Bauten

In einem Dringlichkeitsantrag fordert die CDU-Fraktion des hessischen Landtages die Landesregierung auf, festzustellen, welche Mittel an Landesbaudarlehen erforderlich sind, um die in Bau befindlichen Wohnhäuser in den Städten und Landkreisen noch vor Einbruch des Winters fertigzustellen, soweit diese die Merkmale des sozialen Wohnungsbaues aufweisen und soweit es sich um Bauvorhaben privater Bauherren handelt, die das Bauwerk durch Eigenhilfe gefördert haben. Weiterhin soll die Landesregierung zur Fertigstellung im Bau befindlicher Wohnhäuser Landesbaudarlehen im Betrage von insgesamt 20 Mill. DM zur unverzüglichen Verteilung zur Verfügung stellen, um damit die Vollendung der Wohnbauten möglichst noch vor Einbruch des Winters zu ermöglichen. 6. September 1952

A IV 1 a Allgemeines

Änderungsanträge zum Feiertagesgesetzentwurf

Die CDU-Fraktion des hessischen Landtages wird in der ersten Plenarsitzung nach den Parlamentsferien beantragen, den Entwurf des sogenannten Sonn- und Feiertagesgesetzes nicht wie vorgesehen in dritter Lesung zu verabschieden, sondern ihn noch einmal dem Kulturpolitischen Ausschuß zur Beratung zu überweisen. Die CDU-Fraktion beabsichtigt, noch einige Abänderungsanträge einzubringen, da nach ihrer Ansicht in der bisherigen Fassung des Entwurfs die Sonn- und Feiertage in nicht genügendem Maße geschützt werden. Fraktionsvorsitzender Dr. Großkopf betonte, daß die CDU-Fraktion die Eingaben der evangelischen und der katholischen Kirche voll und ganz unterstütze. 6. September 1952

B I d Übriges Europa

De Gasperi erstrebt Block der Mitte

Der italienische Ministerpräsident de Gasperi hat in einer Wahlversammlung der Christlichen Demokraten in Predazzo (Südtirol) erklärt, er strebe für die italienischen Parlamentswahlen des nächsten Jahres einen Block der Mittelparteien an. Eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten oder der neofaschistischen MSI komme nicht in Frage. De Gasperi appellierte an die Monarchisten, ihre Verbindung zu der MSI zu lösen und sich dem Block der Mitte anzuschließen. Gleichzeitig lehnte der Ministerpräsident eine neue Volksabstimmung über Monarchie oder Republik ab. 6. September 1952

A IV 7 d Kriegsgefangene und Heimkehrer

Vorstoß für Heimkehrer

Eine „Generalüberholung“ des Heimkehrergesetzes forderte der Freiburger CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Höfler. Die im Heimkehrergesetz vorgesehenen Hilfsmaßnahmen müßten im Hinblick auf die jetzt noch zu erwartenden Heimkehrer wesentlich ergänzt werden. Es genüge nicht, daß sich der Heimkehrer durch die Übergangsbeihilfe die notwendige Bekleidung beschaffen könne. Er müsse auch in den Genuss einer Hausratshilfe gelangen, um sich eine Wohnung einzurichten. Darüber hinaus müßten Mittel zur Verfügung gestellt werden, die dem Heimkehrer den Bau einer Wohnung ermöglichen. Ferner sei eine wirksame Hilfe für den Aufbau einer Existenz zu fordern. 6. September 1952

A IV 3 b Allgemeine Wirtschaftspolitik

Drei Jahre Bundesrepublik — drei Jahre wirtschaftlicher Erfolge

Aus Anlaß des 3. Jahrestages der Konstituierung des Bundestages veröffentlicht das Presseamt der Bundesregierung eine Übersicht über die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolge, der wir die folgenden Angaben entnehmen:

Die **Gesamtproduktion** der Bundesrepublik konnte von 57 % zur Zeit der Währungsreform auf 144 % im Juni (1936 = 100) 1952 erhöht werden. Bei den Nominalöhnen der Industrie ist vom Juni 1948 (= 100) bis heute eine Steigerung auf 181 % zu beobachten. Der Anteil der **Sozialleistungen** betrug 1949 etwa 13,5 % und im Jahre 1951 bereits 17 % des Bruttosozialprodukts.

Ein Beweis für das Aufblühen der deutschen Wirtschaft sind die **Werte der Ausfuhren**:

September 1948	206 Mill. DM
September 1949	335 Mill. DM
September 1950	697 Mill. DM
September 1951	1 368 Mill. DM
Juli 1952	1 489 Mill. DM

Mit der Steigerung der Werte trat ein Strukturwandel vom Rohstoffzwangsexport zum vorwiegenden Export von **Fertigerzeugnissen** ein, der wesentlich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitrug. Eine ausgeglichene Handels- und Zahlungsbilanz wurde erreicht. Dem Export im Werte von 1 489 Mill. DM im Juli 1952 stehen Importe in Höhe von 1 238 Mill. DM gegenüber.

Das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten**, d. h. die Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche aus Löhnen, Gehältern, Zinsen und Gewinnen belief sich im

2. Halbjahr 1948 auf	29 964 Mill. DM
1. Halbjahr 1949 auf	31 026 Mill. DM
2. Halbjahr 1949 auf	33 523 Mill. DM
1. Halbjahr 1950 auf	32 601 Mill. DM
2. Halbjahr 1950 auf	39 099 Mill. DM
1. Halbjahr 1951 auf	42 754 Mill. DM
2. Halbjahr 1951 auf	47 348 Mill. DM

Das **Bruttosozialprodukt**, d. h. die Gesamtheit der in Geld bewerteten Güter und Dienste, die zum Verbrauch und zur Investition zur Verfügung stehen, entwickelte sich in demselben Zeitraum in der gleichen aufsteigenden Linie:

1. Halbjahr 1949 auf	39 197 Mill. DM
2. Halbjahr 1949 auf	42 068 Mill. DM
1. Halbjahr 1950 auf	41 300 Mill. DM
2. Halbjahr 1950 auf	48 979 Mill. DM
1. Halbjahr 1951 auf	53 371 Mill. DM
2. Halbjahr 1951 auf	60 010 Mill. DM

Der **private Verbrauch** je Kopf der Bevölkerung entwickelte sich dementsprechend

1. Halbjahr 1949 auf	526,40 DM
2. Halbjahr 1949 auf	607,40 DM
1. Halbjahr 1950 auf	565,70 DM
2. Halbjahr 1950 auf	665,30 DM
1. Halbjahr 1951 auf	645,90 DM
2. Halbjahr 1951 auf	736,10 DM

und erreichte in Preisen von 1936 im Jahre 1951 mit 778 DM fast wieder den Vorkriegsstand (99,1 %). Der private Verbrauch je Kopf der Bevölkerung im Halbjahresdurchschnitt 1936 betrug 392,50 DM. In Preisen von 1936 erreichte er im

1. Halbjahr 1950	336,70 DM
2. Halbjahr 1950	402,50 DM
1. Halbjahr 1951	365,50 DM
2. Halbjahr 1951	412,50 DM

Die Erhöhung der **industriellen Produktion** spiegelt sich in folgenden Indexzahlen wieder (1936 = 100):

Jahresdurchschnitt 1948	= 63,0
Jahresdurchschnitt 1949	= 89,8
Jahresdurchschnitt 1950	= 113,7
Jahresdurchschnitt 1951	= 136,0

Die Zahlen beweisen, daß die westdeutsche Wirtschaft trotz schwerster Hemmnisse im Jahre 1950 bereits fast 14 % mehr produzierte als im Jahre 1936, als ein wesentlicher Teil des damaligen Produktionsvolumens von der Rüstungswirtschaft absorbiert war.

An diesem Aufschwung hatten die Arbeitnehmer wie folgt teil: Die **Durchschnittswochenverdienste der Industriearbeiter** lagen mit einer Indexziffer von 105 im Juni 1948 ungefähr auf dem Niveau des Jahres 1938. Bis Juni stiegen sie auf 137,4 und bis zum Juni 1950 auf 150,4. Im Juni 1951 erreichten sie 181,4 v. H. von 1938. Unter Berücksichtigung der erhöhten Lebenshaltungskosten errechnen sich die Reallöhne der Industriearbeiterschaft wie folgt:

im September 1948 auf	73,6 v. H. von 1938
im September 1949 auf	92,3 v. H. von 1938
im September 1950 auf	107,3 v. H. von 1938
im September 1951 auf	108,6 v. H. von 1938

Dies bedeutet, daß die reale Kaufkraft innerhalb von drei Jahren von knapp drei Vierteln der Friedenskaufkraft auf über 100 % anstieg. In diesem Zusammenhang erscheint auch ein Vergleich der **Stundenlöhne** in der Bundesrepublik mit denen anderer Länder angebracht. Während sich die Stundenlöhne in der Bundesrepublik von Mitte 1950 bis Mitte 1951 um nominell 20 v. H. erhöhten, betragen die Steigerungen in

der Schweiz	1 v. H.
England	9 v. H.
den USA	10 v. H.
Holland	11 v. H.
Belgien	12 v. H.
Italien	16 v. H.

Während die **Lebenshaltungskosten** von Mai 1950 bis Oktober 1950 in der Bundesrepublik um 8 v. H. stiegen, betragen die Erhöhungen

Schweiz	8 v. H.
England	13 v. H.
USA	11 v. H.
Holland	12 v. H.
Belgien	13 v. H.
Italien	13 v. H.

Als der Korea-Konflikt die Weltmarktpreise in die Höhe trieb, ging die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung nicht etwa dahin, durch Drosselung der Einfuhren den Produktionsstandard und damit das Niveau der Lebenshaltung zu gefährden, sondern den gestiegenen Weltmarktpreisen für die notwendig einzuführenden Rohstoffe als Äquivalent eine **Steigerung des Exports** entgegenzusetzen. Die Wahrnehmung der Exportchancen führte 1951 zum ersten Male nahezu zum Ausgleich der Aus- und Einfuhren; dies trotz des Umstandes, daß die Preise in der gleichen Zeit für die eingeführten Güter um 40 v. H. anstiegen, während die Erhöhungen bei den Exportpreisen sich auf einem Niveau von nur 20 % bewegten. Diese Erfolge im Export führten schließlich dazu, daß die Bundesrepublik zum Gläubiger in der im September 1950 gegründeten Europäischen Zahlungsunion wurde und zur Zeit der zweitgrößte Gläubiger ist. Belgien hat im Juli 1952 424,5 Mill. Dollar Guthaben, die Bundesrepublik 368,8 Mill. Dollar im Rahmen der EZU.

Den sozialen Belangen in der Bundesrepublik konnten in zunehmendem Maße Rechnung getragen werden. Die **sozialen Aufwendungen** in der Bundesrepublik betragen

im Jahre 1949	10,9 Mrd. DM
im Jahre 1950	14,5 Mrd. DM
im Jahre 1951	17,8 Mrd. DM

In den Jahren 1949 bis 1951 brachte der erhalten gebliebene Vermögensbesitz im Rahmen der Soforthilfe die Mittel auf, um 1572 Mill. DM an Unterhaltshilfe und Unterhaltszuschuß, 498 Mill. DM an Hausratshilfen, 134 Mill. DM für Flüchtlingssiedlungen, 868 Mill. DM für den Wohnungsbau und nahezu 100 Mill. DM zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, also insgesamt mehr als 3,5 Mrd. DM für den Unterhalt und die Eingliederung der Heimatvertriebenen bereitzustellen. Durch Kriegseinwirkung wurden in Westdeutschland etwa 2,3 Millionen, also rund ein Fünftel aller Wohnungen zerstört. Neu erstellt wurden in den Jahren

1949	215 000,
1950	360 000,
1951	400 000

Wohnungen. Damit steht die Bundesrepublik an der Spitze aller westlichen Länder. In den besten Vorkriegsjahren dagegen wurden in Deutschland jährlich nur etwa 185 000 Wohnungen gebaut.

6. September 1952

A III 1 i SRP

Westarp legt Mandat nieder

Der Mitbegründer der Sozialistischen Reichspartei, Wolf Graf von Westarp, hat sein Mandat im niedersächsischen Landtag mit Wirkung vom 3. September niedergelegt und ist aus dem Landtag ausgeschieden. Graf Westarp war vor vierzehn Tagen von Parteirat und Vorstand der SRP aus der Partei ausgeschlossen worden. Er hatte vorher sein Amt als dritter SRP-Vorsitzender wegen Differenzen mit dem ersten SRP-Vorsitzenden Dr. Dorls niedergelegt. Dorls war nach den Veröffentlichungen des „Spiegel“ über seine angeblichen Pläne zur Tarnung der SRP bei einem Verbot nicht der Aufforderung von Westarp nachgekommen, aus dieser Veröffentlichung die Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten.

6. September 1952

Die Prediger der Verwirrung

Ein Urteil aus der Zone

Ein politischer Freund aus der Sowjetzone, der dieser Tage in der Bundesrepublik weilte, versicherte uns, daß man hinter der sowjetzonalen Sperrzone die politischen Äußerungen Niemöllers, seines eifrigen Verfechters Mochalski, Dr. Heinemanns u. a. mit stärkstem Befremden verfolge. Man kann einfach, so erklärte er, dort drüben nicht verstehen, daß Persönlichkeiten, die einen Namen haben und — zu verlieren haben, die sich berufen fühlen, für Christentum und Menschenwürde einzutreten, durch ihre Reden die Verteidigungsanstrengungen der Freien Welt schwächen und der kommunistischen Propaganda in Westdeutschland die Wege ebnen. Man will in der Sowjetzone nicht einsehen, wie es möglich ist, daß eine Persönlichkeit wie Dr. Heinemann seine Zugehörigkeit zur CDU mit seinen Auffassungen vereinbaren kann. Völlig unverständlich aber ist es drüben, daß der gleiche Mann, der Tagungen der Parteifreunde seines Bekenntnisses trotz Einladung fernbleibt, nicht zögert, sich von einem Nuschke in vertraulichen Gesprächen sich dessen eigenartige und verlogene Konzeption aufschwätzen zu lassen. Wenn schon „Neutralität“, so sagt man, dann aber bitte nach beiden Seiten, sonst könnte leicht der — vielleicht nicht gewollte — Eindruck eines verdächtigen Bundes entstehen. Folgen wir weiter den Gedankengängen unseres Freundes von drüben:

Wir wollen gerechterweise auch registrieren, daß z. B. D. Niemöller sich in der Ostberliner Marienkirche gegen die Aufstellung einer ostzonalen Nationalarmee wandte, die kurz vorher Herr Heinemann noch als ein guter Schachzug erschien (Protokoll seiner

Unterredung mit Nuschke). Pastor Niemöller sprach auch — und das im Machtbereich Pankows — von der Gewissensnot der Jugend im Osten. Daß er davon so offen sprechen durfte, verdankt er allein der Tatsache, daß es noch eine Welt der Freiheit gibt, auf die die Bolschewisten Rücksicht nehmen müssen und die es ihnen unmöglich macht, solche Persönlichkeiten wie Bischof Dibelius und Niemöller einfach im KZ Waldheim verschwinden zu lassen.

Man sollte nun meinen, daß hiernach die führenden Kreise der Neutralitätstheoretiker die Bedeutung der freien Welt für sich selbst erkennen und für deren Schutz und Erhaltung sich einsetzen würden. Aber weit gefehlt! Diese Schaukelpolitiker — und das erleben wir in diesen Tagen wieder — tun ihr Möglichstes, um die Menschen in Westdeutschland, insbesondere die Jugend, in kaum noch zu verantwortender Weise zu verwirren und der Politik der Sicherheit entgegenzuarbeiten. Die „Neutralisten“ von Herrn Niemöller über Frau Wessel bis zu Dr. Wirth sollten sich doch einmal ansehen, wer in ihren Kreisen am aktivsten ist. Sie würden erkennen, daß sie als Strohfiguren kommunistischen Organisationen dienen. Oder haben sie das etwa schon lange erkannt?

Als Begründung für die von ihnen vertretene Linie sagen diese „Neutralen“: „Ja, wir denken an unsere Brüder und Schwestern in der Sowjetzone, wir wollen die Zerreißung Deutschlands verhindern und uns mit den Russen einigen!“ „Wer die Ostzone befreien will, der soll die Menschen im Westen aufrütteln und sie zur Stärkung der Freiheit

aufrufen“, sagte mit stärkstem Unwillen der Freund aus der Zone, der im Begriff stand, nach dort zurückzugehen. „Was Niemöller/Heinemann tun, ist aber genau das Gegenteil davon!“

Herr Prof. Noack, seines Zeichens langjähriger „Neutralist“, scheint in den letzten Wochen etwas ruhiger geworden zu sein, nachdem er bisher so bereit seine nebelhafte Theorie verkündet hatte. Herr Noack hat es sich in der Sowjetzone im Laufe der letzten 3 Jahre ja schon mehrfach gefallen lassen müssen, als „Friedenskämpfer“ von der Lizenzliste abgesetzt zu werden. Dann konnte man in den östlichen Parteischulungszirkeln hören, warum Noack mit seiner These dem anglo-amerikanischen Imperialismus diene. Wenn Prof. Hickmann seiner neutralen Haltung wegen durch „Volksempörung“ aller seiner Funktionen enthoben wird, muß Noack, der das gleiche predigt, auch verbannt werden.

Für die Sowjets und Pankow sind nun einmal nur diejenigen „neutral“, die die Lösung vom Westen und die Einordnung zum Osten betreiben. Wenn gefeierte „Friedenskämpfer“ einmal sich gegen Maßnahmen Moskau wenden, dann verschweigt man das geflissentlich im Machtbereich der Volksdemokratie, in dem man nur folgsame Paradeponies für sich reiten läßt. Verantwortliche Männer der Kirche sollten sich dazu nicht gebrauchen lassen, um so mehr nicht, nachdem ihnen Stalins Gauleiter in Deutschland, Walter Ulbricht, auf der SED-Parteikonferenz erklärt hat: „Die Kirche darf nicht länger unter der Maske der Neutralität ihre Stellungnahme verdecken.“ — Aber das gilt nur für die Kirche in der „Deutschen Demokratischen Republik“ — in Westdeutschland darf sie ihre etwaige Stellungnahme gegen die Bundesregierung gerade wegen ihrer „Neutralität“ weiter zum Ausdruck bringen. Sie darf nicht nur — sie soll sogar! Die Kirchen selbst denken allerdings nicht daran, den Wünschen Pankows zu folgen. Pastor Mochalski, D. Niemöller, Dr. Heinemann, Frau Wessel und Dr. Wirth mögen weiter reden in Schutz der Freiheit, die sie untergraben, sie sind nicht die Kirche; genau so wenig wie Herr Dr. Heinemann etwa die CDU ist!

Der Heimat die Treue halten

Auf einem Schlesiertreffen am 31. August in Würth a. Main behandelte Bundesminister Dr. Lukaschek die Frage, wie sich die Eingliederung der Vertriebenen in die westdeutsche Wirtschaft mit der Hoffnung auf Rückkehr in die alte Heimat vereinbaren lasse. Der Minister betonte, daß darin kein Widerspruch liege. Die Eingliederung der Vertriebenen sei notwendig, denn sie müßten sich ihren Lebensunterhalt verdienen und ihre Kinder zu tüchtigen Menschen erziehen. So vollziehe sich auch ganz von selbst der Prozeß des Zusammenwachsens von Vertriebenen und Einheimischen. Das sei gut so, denn da niemand wisse, wann die Rückkehr in die alte Heimat möglich werden würde, müsse man sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß ein Teil der Vertriebenen wohl nicht mehr in der Lage sein werde, diese Rückkehr mitzumachen. Daraus ergebe sich, daß die Heimkehr eine gesamtdeutsche Aufgabe sein werde, die von der deutschen Jugend, der einheimischen wie der vertriebenen, gelöst werden müsse.

Der Minister betonte, ein Krieg als Mittel zum Zweck dürfe natürlich nicht in Frage kommen, denn selbst ein siegreicher Krieg würde unserm Volk riesige Blutopfer abfordern und Deutschland einer Zerstörung preisgeben, die mit unseren Kräften jedenfalls nicht wiedergutmacht werden könnte. Man müsse also friedliche Wege zu dem erstrebten Ziel zu finden suchen. Das internationale Gespräch darüber sei zweifellos im Gang, und die letzte

Sowjetnote beweise mittelbar, daß man sich auch in Moskau darüber Gedanken mache.

Der Minister wandte sich dann innerdeutschen Problemen zu, die mit der Eingliederung zusammenhängen, wobei er sich ausführlich mit dem Lastenausgleich befaßte. Es sei verständlich, daß eigentlich niemand mit dem Lastenausgleich in seiner jetzigen Form zufrieden sei. Den Abgabepflichtigen seien die Leistungen zu hoch, den Empfängern erschienen sie zu niedrig. Immerhin handle es sich um ein gewaltiges soziales Werk ohne Vorbild in der Geschichte. Wirksam werden könne der Lastenausgleich freilich nur bei ausreichender Vorfinanzierung. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, Anleihen aufzunehmen, sei es im Inlande, sei es im Auslande. Die unerläßliche Voraussetzung für eine Auslandsanleihe seien die Bereinigung der Altschulden (Londoner Abkommen) und die Festlegung der Wiedergutmachtungszahlungen an Israel. Man könne es manchem deutschen Kriegsgeschädigten oder Vertriebenen nachfühlen, wenn er unmutig frage, warum für die genannten Zwecke viele Milliarden DM aufgebracht würden, während die Vertriebenen sich mit weit weniger zufrieden geben müßten. Aber diese Fragen gehen an den außenpolitischen Rücksichten vorüber, die die Bundesregierung nicht außer Acht lassen könne.

Der Minister schloß mit dem Appell, Einheimische und Vertriebene sollten gemeinsam alle Kräfte einsetzen, um Deutschland wieder zu einem entscheidenden Faktor im vereinten Europa zu machen.

Deutsche Ortsnamen für abgetrennte Gebiete

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen empfiehlt in einem Rundschreiben, für Orte und Landschaften innerhalb der nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 zum Deutschen Reich gehörenden Gebiete allein die alten deutschen Namen zu verwenden. Die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie sind in ihrer Gesamtheit als „deutsche Ostgebiete unter fremder Verwaltung“ zu bezeichnen. Für das nördliche Ostpreußen gilt die Bezeichnung „deutsche Ostgebiete unter sowjetischer Verwaltung“, für die unter polnischer Verwaltung stehenden Teile von Schlesien, Brandenburg, Sachsen, Pommern und Ostpreußen die Bezeichnung „deutsche Ostgebiete unter polnischer Verwaltung“. In den Richtlinien wird empfohlen, die im Saargebiet neu eingeführten fremdsprachigen Bezeichnungen für Orte, die am ersten März 1935 einen deutschen Namen führten, nicht zu verwenden. Auf Karten- und Textveröffentlichungen für den internationalen Verkehr sollen neben den deutschen Bezeichnungen die jetzt gebrauchten ausländischen Namen in Klammern beigefügt werden.

Flüchtlingsproblem auf dem Villacher Kongreß

Auf dem Jahreskongreß der Union junger christlicher Demokraten Europas, der vom 10. bis 17. August in Villach/Kärnten stattfand, beschäftigte sich eine der drei Kommissionen, die Flüchtlingskommission, mit den gemeinsamen Anliegen der Flüchtlinge und den Menschen hinter dem Eisernen Vorhang. Aufgrund eines Initiativantrages der deutschen Vertreter der Exil-Jungen Union wurde folgende Entschließung sowohl in der dritten Kommission wie auch von der Vollversammlung des Kongresses einstimmig angenommen:

„Der Kongreß der jungen christlich-demokratischen Europäer in Villach wendet sich gegen jegliche Art Diktatur. Er stellt fest, daß der ununterbrochene Strom der jungen europäischen Flüchtlinge für alle Europäer zu einer Gewissensfrage wird. Um diesen Flüchtlingen eine wirksame Hilfe zu geben, wird eine ständige Kommission eingerichtet, die in Zusammenarbeit mit der Christlich-Demokratischen Union folgendes anstreben soll:

1. eine zentrale Auffangstelle für junge Menschen aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang in den freien Teilen Europas,
2. eine zentrale Leitstelle für Arbeitssuchende und wirksame Hilfsmaßnahmen zur Gründung einer neuen Existenz,
3. Heimstätten, in denen junge Flüchtlinge aus den verschiedensten Ländern unter Berücksichtigung ihrer völkischen Eigenart in europäischen Geiste für das Leben in einer freien demokratischen Gemeinschaft vorbereitet werden,

Anerkennung von Reifezeugnissen der SBZ.

In der Frage der Anerkennung von Abiturientenprüfungen, die in der sowjetischen Besatzungszone abgelegt wurden, bestehen in der Öffentlichkeit noch immer irrtümliche Auffassungen. Um ihnen zu begegnen, veröffentlichen wir einen Beschluß des Plenums der ständigen Konferenz der Kultusminister, die am 14. März 1952 gefaßt wurde, in dem es heißt:

„Bei der Anerkennung von Reifezeugnissen, die in der sowjetischen Besatzungszone erworben worden sind, ist wie folgt zu verfahren:

1. Zeugnisse, die in der sowjetischen Besatzungszone vor 1951 erworben worden sind, werden wie bisher behandelt und sind gegebenenfalls mit einem Vermerk zu versehen, der bescheinigt, daß das Reifezeugnis zum Hochschulstudium in der Bundesrepublik berechtigt. Die Art der Nachprüfung der Zeugnisse bleibt wie bisher den Schulabteilungen der Kultusministerien überlassen.
2. Abiturienten, die 1951 und später ihr Reifezeugnis in der sowjetischen Besatzungszone erworben haben, müssen sich vor der Anerkennung ihres Reifezeugnisses einer Sonderprüfung unterziehen. Hierzu wird in jedem Lande ein Ausschuß (im Bedarfsfall mehrere Ausschüsse) gebildet, in den möglichst auch Lehrer berufen werden, die die Verhältnisse in der Sowjetzone und die Mentalität dieser jungen Menschen kennen. Der Ausschuß hat die Aufgabe, durch ein Kolloquium und durch zusätzliche schriftliche und mündliche Einzelprüfungen festzustellen, ob die Leistungen und die Reife des Bewerbers den An-

4. eine fortdauernde Betreuung der jungen Flüchtlinge durch die Union christlicher Demokraten in den einzelnen Gastländern,
5. die Bildung „Europäischer Aufbaugruppen“, in denen sich junge Flüchtlinge und junge Menschen aus allen demokratischen Ländern Europas in gemeinsamer Arbeit freiwillig zusammenfinden, um durch ihre Tat einen Beitrag für die von uns erstrebte Heimat der Zukunft: Europa — zu leisten.

Der Kongreß fordert das Exekutivkomitee der Union christlicher Demokraten auf, führende Persönlichkeiten aus allen Ländern Europas zur Mitarbeit aufzurufen, die für die Lösung dieser Fragen Verständnis und Interesse beweisen. Der Kongreß sieht als einzige Möglichkeit für eine endgültige Lösung dieses Problems der politischen Flüchtlinge die Rückkehr der Heimatlosen in ihr befreites demokratisches Vaterland.“

Eine weitere Entschließung wurde von dem Exilpolen M. Edward Bobrowski eingebracht. Sie erklärt erneut „die Solidarität mit allen durch diktatorische Willkür unterdrückten Europäern“ und fordert eine sofortige enge Zusammenarbeit der verantwortlichen politischen Kräfte Westeuropas mit den echten Repräsentanten der unterdrückten Völker. In einem feierlichen Protest wandte sich der Kongreß im Gedenken an die zahllosen Opfer bolschewistischen Terrors besonders gegen die jüngsten Verurteilungen von freiheitlich gesinnten jungen Menschen in der Sowjetzone Deutschlands. haj

forderungen entsprechen, die in Schulen der Bundesrepublik gestellt werden müssen.

3. Sofern die Möglichkeit besteht, in Lehrgängen die Antragsteller auf diese Sonderprüfung vorzubereiten, gegebenenfalls unter Einweisung in Jugendheime im Rahmen des Jugendhilfswerkes, sollte hiervon Gebrauch gemacht werden.
4. Zuständig für die Ausstellung der Anerkennungsbescheinigungen ist das Kultusministerium des Landes, in dem die Hochschule liegt, an der der Bewerber zu studieren beabsichtigt. In seinem an das Kultusministerium zu richtenden Zulassungsantrag hat der Bewerber zu erklären, ob und wo er anderwärts um Anerkennung seines Reifezeugnisses oder um Zulassung zum Studium nachgesucht hat.
5. Der von einem Land ausgestellte Anerkennungsvermerk gilt in allen anderen Ländern und in Berlin.“

Archiv für ost- und mitteldeutschen Grundbesitz

In Gießen an der Lahn, Ederstraße 2, wurde ein Archiv für Grundbesitz gegründet, dessen Ziel es ist, die Wiederherstellung vernichteter Grundbücher aus Mittel- und Ostdeutschland durch private Vorarbeit zu sichern. Die Arbeiten werden mit Genehmigung der einschlägigen Bundesministerien durchgeführt. Anmeldebogen versendet das Archiv auf Antrag.

Nach Ermittlungen des „Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen der So-

wjetzone“ in Berlin konnte bisher nicht festgestellt werden, daß eine generelle Anweisung vorliegt, wonach Grundbuchauszüge für Personen, die in die Bundesrepublik geflüchtet oder verzogen sind, verweigert werden. Eine solche Anweisung besteht nur hinsichtlich der Übersendung von Grundschul- und Hypothekenbriefen. Andererseits besteht ein allgemeines Verbot, amtliche Urkunden ohne besondere Genehmigung des Behördenleiters in den Westen zu senden. Dem Untersuchungsausschuß sind noch aus der letzten Zeit Fälle bekannt, in denen jetzt in der Bundesrepublik wohnende Grundeigentümer Grundbuchauszüge von Amtsgerichten der Sowjetzone erhalten haben. Fest steht jedoch, daß enteignetes Grundvermögen beschleunigt in sogenanntes Volkseigentum überführt und als solches im Grundbuch umgeschrieben werden muß.

Der Untersuchungsausschuß empfiehlt in Fällen, in denen ein Grundeigentümer einen dringend benötigten Grundbuchauszug nicht erhält, dies auf dem Umwege über einen anderen am Grundstück dringlich Berechtigten zu versuchen, der seinen Wohnsitz noch in der sowjetischen Besatzungszone hat.

Ich trag' ein Gewehr und singe.

Das folgende Gedicht eines „jungen Nachwuchsdichters“, der offensichtlich bestrebt war, sein „Dichtersoll“ zu erfüllen, haben wir dem sowjetzonalen Pressedienst entnommen. Wir möchten es auch unseren Lesern nicht vorenthalten:

Hab zwischen himmelhohen Bergen
zur Laute gesungen im Mai.
Die Mädchen, sie lachten im Tanze, —
war jede von Herzen dabei!

Nun sing ich, nun sing ich;
die Berge, sie nicken mir zu.
Ich trag ein Gewehr, und ich singe:
Für Dich, liebe Heimat, Du!

Hab meine Drehbank übergeben
dem andern, der jetzt für mich schafft.
Ich gehe, das Land zu behüten,
dem Volke gehört meine Kraft.

Nun singe ich, nun singe ich;
mein Werk ruft den Abschied mir zu.
Ich nehm mein Gewehr, und ich wache
für Dich, meine Drehbank, Du!

Hatt eine Liebste mir genommen;
so oft ging sie neben mir her.
Jetzt trag ich für meine Liebste
mein stählernes, neues Gewehr!

Nun sing ich, nun sing ich;
mein Mädél, es lächelt mir zu.
Ich trag ein Gewehr, und ich schütze
auch Dich, Du mein Mädél, Du!

SED-Aufbau an Prachtbauten

Der „Aufbau des Sozialismus“ sieht nach den Plänen des sowjetzonalen „Ministeriums für Aufbau“ die Erweiterung und Erneuerung der Amtssitze der sowjetzonalen Regierungsmitglieder vor. In Pankow-Niederschönhausen wird Wilhelm Piecks Schloß, einst Hohenzollernsitz, ausgebaut. Außerdem wird die Mauer erneuert, die den Schloßpark umgibt. Georg Dertingers Amtssitz in der Luisenstraße in Ost-Berlin wird erweitert. Für den Ausbau der tschechoslowakischen Mission in Ost-Berlin werden 4 Millionen Ostmark zur Verfügung gestellt. Für die SED, die FDJ und den Staatssicherheitsdienst werden 37 Millionen Ostmark für Neu- und Erweiterungsbauten der Partei- und Amtshäuser bereitgestellt.

Rettung deutscher Werte durch Deutschland-Vertrag

Die Bestimmungen des Vertrages über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten, die die deutschen Landeswerte — und damit auch die deutschen Auslandswarenzeichen — zum Gegenstand haben, besagen, daß die Bundesrepublik über deutsche Auslandswerte, soweit diese noch nicht übertragen oder liquidiert worden sind oder über die Liquidationserlöse noch nicht verfügt worden ist, mit allen Staaten Vereinbarungen schließen kann, mit denen Deutschland im Kriegszustand war. Für Vereinbarungen mit den Mitgliedsstaaten der Interalliierten Reparationsagentur sind gewisse Einschränkungen gemacht.

Daß die nach Auffassung der Bundesregierung unzulässigen Maßnahmen das deutsche Auslandsvermögen seiner normalen Funktion entzogen haben, ist bedauerlich; seine Verwendung für Reparationszwecke durch internationale Abkommen und durch gesetzliche Maßnahmen der Besatzungsmächte war jedoch als harte Tatsache hinzunehmen. Es konnte nur versucht werden, diese Abkommen und Gesetze nach Möglichkeit aufzulockern. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, daß dies in dem Überleitungsvertrag („Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen“) im wesentlichen geglückt ist.

Die Wirkung des Kontrollratsgesetzes Nr. 5 ist eingeschränkt worden. Es steht der Weg zu bilateralen Verhandlungen mit den einzelnen reparationsberechtigten Staaten offen. Mit den Partnern des Pariser interalliierten Reparationsabkommen wurden über die bisherigen Verrechnungsregeln hinaus Verhandlungen über einen Endtermin für die Beschlagnahme deutschen Eigentums sowie über Pensionen und Renten zugestanden. Aufgrund einer in den Überleitungsvertrag aufgenommenen Generalklausel steht es der Bundesrepublik frei, mit allen Staaten Vereinbarungen über alle das deutsche Auslandsvermögen betreffenden Fragen abzuschließen, wenn die drei Mächte nicht ausdrücklich widersprechen. Der Sektor der Reparationen, der bisher aufgrund des Besatzungsstatuts ausschließlich den Besatzungsstatuts ausschließlich den Besatzungsmächten vorbehalten war, steht nun nicht mehr in ihrer ausschließlichen Zuständigkeit. Die Reparationsregelung ist zum Teil völlig neuen Vereinbarungen mit anderen Staaten überlassen. Zum Teil sind derartige Vereinbarungen einem ausdrücklichen und einstimmigen Einspruch der Drei Mächte unterworfen.

Die deutschen Auslandswarenzeichen

Wie sieht die Frage der deutschen Auslandsmarken nach dem Generalvertrag in der Praxis aus? Obwohl die deutsche Regierung aufgrund des Vertrages die Verhandlungsposition eines sozusagen voll geschäftsfähigen Partners auch gegenüber denjenigen Staaten erhält, mit denen sich Deutschland im Kriegszustand befand, wird es — nachdem der Vertrag, als Zwischenstufe zwischen Besatzungsstatut und Friedensvertrag, eine generell verbindliche Regelung der Frage der deutschen Auslandsmarken und der deutschen Firmennamen im Ausland nicht vorsieht — weitgehend von dem guten Willen und der Einsicht der Handelspartner der Bundesrepublik abhängen, wie weit dieses Problem einer tragbaren Lösung zugeführt werden kann, d. h. einer Regelung, die sowohl der Rechtsauffassung der freien Welt als auch den wirtschaftlichen Belangen der Beteiligten entspricht. Beim Aushandeln von Handelsabkommen wird sich die deutsche

Regierung stärker als zuvor des Mittels bedienen können, günstige Regelungen im Falle beschlagnahmter Warenzeichen aus der Verhandlungssituation heraus zu erreichen.

Der Verlust der deutschen Patente, die einen Wert von mehreren Milliarden darstellen, ist sicherlich zu bedauern. Aber die Übertragung der Patente, die zwischenzeitlich von einer großen Zahl von Firmen und Personen im guten Glauben benutzt werden, ist nicht mehr rückgängig zu machen. Anders verhält es sich mit der Auswirkung der gegen die deutschen Firmennamen und Warenzeichen ergriffenen Zwangsmaßnahmen. Es ist hier nicht weiter auszuführen, daß die Enteignung der deutschen Zeichen eine er-

hebliche Behinderung der Ausfuhr deutscher Fertigwaren zur Folge gehabt hat. So positiv die Behandlung deutscher Marken in einigen Ländern, besonders auch in Übersee sein mag, so bedauerlich bleibt die Haltung einiger europäischen Staaten. In der Frage der Enteignung der deutschen Warenzeichen könnten die betreffenden Staaten einen sichtbaren und wirksamen Beitrag zur wirtschaftlichen Integration Europas liefern, einer Integration, deren Verwirklichung, wie man sieht, nicht nur die Devisenzwangswirtschaft, die Warenkontingentierung und die Zölle entgegenstehen. Die Enteignung deutscher Firmennamen liegt auf derselben Ebene. Die Praxis zeigt, daß das Problem der deutschen Auslandswarenzeichen nach wie vor von drei Gesichtspunkten bestimmt wird: von einem

„Eine beachtenswerte Ausnahme“

Amerikanisches Urteil über die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik

Eine beachtenswerte Ausnahme, so schreibt die amerikanische Zeitung „New York Times“, bildet der ständige wirtschaftliche Auftrieb in der Bundesrepublik gegenüber der prekären wirtschaftlichen Lage, in der sich die meisten europäischen Länder immer noch befinden und die bereits zu einer Verlangsamung ihrer Verteidigungsprogramme geführt hat.

„Die wirtschaftliche Erholung Deutschlands“, so schreibt die amerikanische Zeitung, wird erneut in den letzten Außenhandelszahlen deutlich, denen zufolge die deutschen Ausfuhr im Berichtsmonat Juli ständig angestiegen sind und in diesem Jahr vielleicht eine Jahresrate von vier Milliarden Dollar erreichen werden. Das wäre nicht nur ein Nachkriegshöchststand, sondern würde wertmäßig auch das höchste Vorkriegs-Exportergebnis für ganz Deutschland übersteigen.

Weit wichtiger ist jedoch, daß der deutsche Außenhandel ständig einen erheblichen Exportüberschuß aufweist, der im zweiten Quartal des Vorjahres erstmalig in Erscheinung trat und den bisher höchsten Vorkriegsstand zu erreichen verspricht. Deutschland hat zwar immer noch ein erhebliches Dollardefizit, das zum Teil auf die Notwendigkeit amerikanischer Kohlenimporte zurückzuführen ist, für die Deutschland nahezu den doppelten Preis zu zahlen hat, zu dem es seine eigene Kohle nach den übrigen westeuropäischen Ländern ausführen muß. Zusammen mit Belgien kann Deutschland jedoch auf eine ständig steigende Kreditquote bei der Europäischen Zahlungsunion (EZU) blicken, während Frankreich und Großbritannien sowohl in ihrem Außenhandel wie auch gegenüber der EZU ein erhebliches Defizit aufzuweisen haben.

Die deutschen Fortschritte spiegeln sich aber auch in den übrigen Wirtschaftszweigen wider. Die industrielle Produktion ist weiter ansteigend und liegt gegenwärtig bei 140 v. H. des Vorkriegsstandes und 225 v. H. des Standes von 1948. Die deutsche Währung wird an den Weltbörsen zu einem sehr günstigen Kurs notiert, und die Bundesrepublik ist in der Lage, sowohl ihre Auslandsschulden abzutragen als auch ihren Wiedergutmachungs-Verpflichtungen gegenüber Israel nachzukommen. Die landwirtschaftliche Erzeugung hat nahezu den Vorkriegsstand wieder erreicht, und obwohl Deutschland gleich Großbritannien fast die

Hälfte seiner Nahrungsmittel einführen muß, scheint das deutsche Volk unter einer geringeren „Austerität“ zu leben als das englische.

Deutschland hat gleich den übrigen westeuropäischen Ländern erhebliche amerikanische Hilfeleistungen erhalten, ohne die der wirtschaftliche Wiedergesundungsprozeß unmöglich gewesen wäre. Trotzdem ist das Ausmaß dieser Wiedergesundung überraschend, da diese in einem Lande stattgefunden hat, dessen Wirtschaft weit stärker als die der übrigen Länder zerrüttet war, dem zehn Millionen Flüchtlinge aufgebürdet wurden, die ein Fünftel der gesamten Bevölkerung und den größten Teil der Arbeitslosen ausmachen, und das, obwohl es nicht die internationalen Verpflichtungen Großbritanniens und Frankreichs hat, in Form von Besatzungskosten und anderen Auflagen seinen entsprechenden Beitrag zur Verteidigung des Westens leistete.

Es ist um so überraschender, daß diese Wiedergesundung genau so wie in Belgien unter einem orthodoxen und liberalen System des freien Unternehmertums — ähnlich wie in den USA — erreicht worden ist, im Gegensatz zu dem, was in den mehr sozialistisch orientierten Ländern wie Großbritannien und Frankreich — von der noch viel weiter zurückliegenden Sowjetzone Deutschlands ganz zu schweigen — geschaffen wurde. Die sozialistisch orientierten Länder sollten einmal untersuchen, welche Lehren sie aus dieser Entwicklung ziehen können, bevor sie in neue Schreie der Entrüstung über die Gefahren des deutschen Wettbewerbs und einer deutschen Beherrschung der europäischen Industrie ausbrechen.

Die Welt hat mit Recht die scharfen und rücksichtslosen deutschen Handelspraktiken der Vergangenheit abgelehnt. Sie rechtfertigen die Vorsichtsmaßnahmen, die gegen ihre Wiederholung getroffen wurden. Wenn Deutschland jedoch weiterhin den Weg verfolgt, den die Bundesrepublik gewählt hat, und sich mit seinen eigenen Kräften und durch harte Arbeit unter einem wirkungsvollen und produktiven Wirtschaftssystem aus dem Zusammenhang emporarbeitet, so kann es hiergegen keinen gerechtfertigten Einwand geben, bestimmt nicht von denen, die bei weit größeren Hilfsquellen ein viel bequemer Leben führen und ein bedeutend langsames Tempo anschlagen.“

rechtlichen, einem wirtschaftlichen und einem politischen.

Der rechtliche besteht darin, daß durch die Kriegs- und Nachkriegsgesetze die deutschen Zeichen zum Reparationsobjekt gemacht wurden, obwohl eine zwangsweise Übertragung von Warenzeichen ohne gleichzeitigen Übergang des zugehörigen Geschäftsbetriebes juristisch unzulässig ist. Der wirtschaftliche Gesichtspunkt liegt sowohl in der künstlichen Drosselung des deutschen Markenartiklexports als Folge des Mißbrauchs deutscher Zeichen durch das Ausland als auch in dem Tatbestand der Täuschung des kaufenden Publikums durch die Benutzung deutscher Marken für Waren, die mit dem Originalartikel nichts mehr zu tun haben. Politisch paßt der noch weitgehend geltende Zustand auf dem Gebiet der deutschen gewerblichen Schutzrechte im Ausland, der durch Reservate des Unrechts und durch Diskriminierungen gekennzeichnet ist, nicht mehr in eine Welt, in der die Völker und Staaten als Partner mit gleichen Rechten ihre gegenseitigen Beziehungen in freien Vereinbarungen regeln.

Das Niederlassungsrecht deutscher Kaufleute im Ausland

Das Niederlassungsrecht deutscher Kaufleute im Ausland ist entweder durch Niederlassungsverträge mit einzelnen Staaten oder durch Niederlassungsklauseln, die in Handelsverträge aufgenommen worden sind, geregelt. Soweit derartige Abkommen mit ehemaligen Kriegsgegnern bestehen, sind sie jedoch suspendiert. Die Anwendung der Niederlassungsverträge mit Neutralen ist theoretisch dann möglich, wenn gegenseitiges Einverständnis besteht. Niederlassungsverträge hatte Deutschland mit der Schweiz, den Niederlanden, dem Iran, der Türkei und mit Frankreich geschlossen. Eine Niederlassungsklausel fand sich z. B. in dem Handelsabkommen mit Spanien von 1926; ähnliche Klauseln fanden sich in verschiedenen Handelsverträgen älteren Datums.

Um die Wiedererrichtung der deutschen Auslandsniederlassungen ist seit 1945 viel Mühe aufgewendet worden. Der Erfolg war leider gering. In einer Note an die Alliierte Hohe Kommission hatte die Bundesregierung am 9. Februar 1951 darum nachgesucht, zur Erleichterung der Entwicklung des deutschen Außenhandels deutschen Firmen wieder die Möglichkeit zu geben, im Ausland Zweigniederlassungen zu errichten und Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen zu erwerben. Im Juni 1951 hat die Alliierte Hohe Kommission ermächtigt, Genehmigungen zur Errichtung deutscher Auslandsfilialen und zum Erwerb von Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen zu erteilen. Diese Genehmigungen müssen jedoch auf Fälle beschränkt bleiben, in denen nachgewiesen werden kann, daß die für diesen Zweck gemachten Angaben eine Steigerung des Exports zur Folge haben. Diese Vorschrift wurde dann auch in den Außenwirtschaftsrunderlaß des Bundeswirtschaftsministers vom 25. Januar 1952 aufgenommen, der die Frage der Auslandsniederlassungen und der Beteiligungen an Unternehmen im Ausland neu geregelt hat. Die Voraussetzung zur Genehmigung von Auslandsniederlassungen sind nach dem angeführten Erlaß im wesentlichen folgende:

1. Die Ausfuhr muß gefördert werden oder lebenswichtige Einfuhren müssen sichergestellt werden;
2. Die Anlage von Vermögenswerten im Ausland muß in der devisenwirtschaftlich günstigsten Weise erfolgen, wobei in erster Linie die Einbringung von Sach-

Ereignis ohne Vorbild

Der Chef der englischen Delegation bei der Hohen Behörde der europäischen Montanunion hat dem Präsidenten Monnet sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Die Vereinigten Staaten haben zur Hohen Behörde eine Delegation entsandt, die den Charakter einer echten diplomatischen Mission hat.

Die Akkreditierung einer diplomatischen Mission bei der Spitze der Montanunion ist zweifellos in der europäischen Geschichte ein Ereignis ohne vergleichbares Vorbild. Zum ersten Male unterhalten Großmächte bei einer Institution Vertretungen, die eine Gemeinschaft europäischer Staaten repräsentiert. Das Vereinigte Europa hat noch keine klaren Formen angenommen, das meiste an dieser großen Idee existiert in Planungen oder in Hoffnungen. Wenn man ihre Hohe Behörde im internationalen Verkehr aber schon behandelt wie einen souveränen Staat, dann hat das eine über den formalen Akt weit hinausgehende Bedeutung.

Der englischen Politik gerade sagt man einen vorausschauenden Blick nach. Gewisse Hemmungen hindern Großbritannien daran, der europäischen Gemeinschaft schon zu diesem Zeitpunkt beizutreten. Aber man weiß in London um die Dynamik politischer Vorgänge. Man sieht in dem Anfang, der in Luxemburg gemacht wird, den Kern eben jener europäischen Einigung, die unaufhaltsam ihrer Verwirklichung zustrebt.

Die Entsendung einer diplomatischen Mission nach Luxemburg ersetzt vorläufig die englische Beteiligung am europäischen Einigungswerk. Aber praktisch gibt England damit zu erkennen, daß es das, was durch den Schumanplan eingeleitet wird, nicht als die Bildung eines Kleineuropas ansieht, wie Kritiker der großen europäischen Verträge so oft behaupten. Die Montanunion ist ohne Zweifel der Kern eines künftigen europäischen Staatenbundes.

Die Deutschen von heute

Als seltsam pazifistisch und abgeneigt, die Sicherheit der Niederlage aufzugeben, bezeichnet der bekannte Publizist deutscher Abstammung Konrad Heiden, der im „Life“ über einen Deutschlandbesuch berichtete, die Deutschen in der Bundesrepublik:

„Aber überall war der gesunde Lärm emsiger Arbeit. Ich sah Deutschland, wie es heute ist: noch immer auf schwachen Beinen stehend, schwingt es seine Werkzeuge mit der alten Kraft und Geschicklichkeit. Ich bin nicht darauf gefaßt gewesen, einen geradezu klagenden Pazifismus in einem Volke zu finden, das noch vor kurzem vom Militarismus berauscht war. In allen Menschen habe ich ein trauriges Gefühl für die Leere des sogenannten ‚Sieges‘ gefunden. Oft bekam ich zu hören: ‚Was haben die Alliierten von ihrem Sieg?‘ oder ‚Was wird ein Sieg den Koreanern Gutes einbringen?‘“

Hier ist eine Nation, die eine Schale um ihre Seele trägt. Ihr Lebensrezept — überall sichtbar und produktiv —: Leistung ohne Enthusiasmus. Der deutsche Wiederaufbau ist eine erstaunliche Tatsache, die nur durch harte, kluge Arbeit Wirklichkeit werden konnte. Der Aufbau wird nur

durch die veraltete Industrie-Ausrüstung und akuten Kapitalmangel gehemmt. So schwer diese Hindernisse aber auch sein mögen, lassen nur die Tatsache bemerkenswerter erscheinen, daß die Deutschen aus ihrer Niederlage offenbar mehr gewonnen haben als die Alliierten aus ihrem Sieg.

Das Ideal eines wiedervereinigten Deutschlands kann von der deutschen (Bundes-) Regierung nicht freiwillig aufgegeben werden, damit es von kommunistischer Propaganda ausgebeutet werde. Ebenso wenig kann sich Westdeutschland einfach hinter den Zonengrenzen verstecken, die heute verschlossener sind denn je, denn die Festung Berlin darf weder von Deutschland noch von einem Westen aufgegeben werden, der sich in Freiheit seine Selbstachtung bewahren will. Berlin, das jetzt aufs neue von den Sowjets belagert wird, muß sich wiederum standhaft erweisen. Der Westen kann in allen Ehren nicht weniger als dasselbe tun. Aber auch, wenn ein freies, unabhängiges Deutschland vorerst nur das Ideal braucht, bleibt und verdient die Jugend der wiedergeborenen Nation ein Zukunftsbild, das heller leuchtet als die Rückkehr in die Vergangenheit.“

werten oder Dienstleistungen anzustreben ist;

3. Eine Niederlassung im Ausland muß sich im Grundsatz wirtschaftlich selbst tragen, so daß Zuschüsse vom Inland nicht erforderlich sind;
4. Die Gesetze des Landes, in dem die Niederlassung errichtet werden soll, dürfen dem Vorhaben nicht entgegenstehen, wobei Deutsche über die in einer Niederlassung angelegten Vermögenswerte genau so wie Angehörige dritter Nationen verfügen können müssen.

Die deutsche Souveränität ist auf diesem Gebiet im Grundsatz zwar wieder hergestellt, aber die Gesetzgebung in den ehemaligen Feindländern steht, was der oben angeführte Erlaß des Bundeswirtschaftsministers auch berücksichtigt, der Errichtung deutscher Auslandsfilialen teilweise noch entgegen. Die Gesetzgebung in den betreffenden Ländern sollte nach deutscher Auffassung dafür Sorge tragen, daß die Grundsätze der Havanna-Charta, die jegliche Diskriminierung im internationalen Handel verbietet, auch auf Deutschland Anwendung finden.

Eine Möglichkeit hierfür ist neuerdings durch den Deutschland-Vertrag gegeben. In dem die ausländischen Interessen in Deutschland betreffenden 10. Teil des Überleitungsvertrages heißt es u. a., daß die deutsche Bundesrepublik eine allgemeine Politik der Nichtdiskriminierung gegenüber den Vereinten Nationen und ihren Staatsangehörigen auch in Angelegenheiten, die diesen Personenkreis und dessen Güter, Rechte und Interessen auf dem Gebiet der Niederlassung und der Schifffahrt berühren, zu verfolgen bereit ist, und zwar in der Erwartung, daß die Vereinten Nationen dieselbe Politik gegenüber der deutschen Bundesrepublik führen werden. Damit ist der deutschen Regierung das Mittel der Gegenseitigkeit in die Hand gegeben, um auch auf dem Gebiet der Auslandsniederlassungen Regelungen durchsetzen zu können, die im Interesse des deutschen Handels liegen.